

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Herbrand, Christian Dürr,
Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/28054 –**

Blackbox Finanzwissen – Neue Wege zum Vermögensaufbau

Vorbemerkung der Fragesteller

Viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben den Wunsch, finanziell für das Alter und für Notfälle gerüstet zu sein, sich rechtzeitig auf größere Ausgaben für Anschaffungen vorzubereiten und nahestehenden Personen etwas hinterlassen zu können. Die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und der Funktion und der Aufgaben des Geldes sowie die daraus folgenden Möglichkeiten zur privaten Vorsorge bilden die Grundlage, um diesem Wunsch nachkommen zu können.

In Zeiten extrem niedriger Zinsen ist nach Ansicht der Fragestellenden mangelndes Wissen über die Wirkmechanismen der Finanzmärkte, über die Möglichkeiten der Geldanlage und der privaten Altersvorsorge besonders schädlich. Die Vermittlung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung hat in den letzten Jahren mehr Beachtung gefunden, wie etwa durch die Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“ in Nordrhein-Westfalen, die Nutzung von Bildungs- und Informationsplattformen im Internet, die Initiativen und Projekte der OECD oder durch die Vermittlung von „Zentralbankwissen“ durch Fortbildungen und Unterrichtsmaterialien der Deutschen Bundesbank. Trotz dieser positiven Entwicklungen, sind für breite Teile der Gesellschaft Fragen der finanziellen Vorsorge und zum Wesen des Geldes noch unbeantwortet. Besonders viel Finanzbildungsbedarf sehen die Fragestellenden bei jungen Menschen, die oftmals wertvolle Zeit verstreichen lassen, bis sie Vermögensaufbau verstehen und betreiben.

Vor diesem Hintergrund möchten sich die Fragestellenden nach den Maßnahmen der Bundesregierung erkundigen, die diese zur Vermittlung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung angestoßen hat und durchführt. Dabei sollen auch Fragen berücksichtigt werden, wie die Bundesregierung steuer- und finanzpolitischen Möglichkeiten zur Verbesserung des Vermögensaufbaus gegenübersteht.

1. Welche Rolle misst die Bundesregierung aus welchen Gründen der Vermittlung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung bei?
2. Was ist aus Sicht der Bundesregierung Finanzwissen und ökonomische Bildung?

Die Fragen 1 und 2 werden im sachlichen Zusammenhang beantwortet.

Ökonomische Bildung ist nach Einschätzung der Kultusministerkonferenz ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung und gehört somit zum Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland (<https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte/wirtschaftliche-bildung-und-verbraucherbildung.html>), für die nach der grundgesetzlich geregelten Kompetenzverteilung die Länder zuständig sind. Hierzu gehören auch die Gestaltung des Fächerkanons und die inhaltliche Ausrichtung des Unterrichts. Zum ökonomischen Grundwissen gehören auch Aspekte des Umgangs mit Finanzdienstleistungen und das Verständnis grundlegender finanzwirtschaftlicher Zusammenhänge. Ökonomische Bildung stärkt das Urteilsvermögen der Verbraucherinnen und Verbraucher in vielen Fragen des Alltags.

3. Welche andauernden Herausforderungen und Missstände erkennt die Bundesregierung für das politische Anliegen, Finanzwissen und ökonomische Bildung in Deutschland zu stärken?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

4. Welche Erkenntnisse, statistischen Datenerhebungen und wissenschaftlichen Studien liegen der Bundesregierung über die Verteilung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung vor?

Zum Finanzwissen thematisiert die OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy (<https://www.oecd.org/financial/education/oecd-infe-2020-international-survey-of-adult-financial-literacy.pdf>) Einstellung, Verhaltensweisen sowie das Fachwissen in finanziellen Angelegenheiten erwachsener Personen. Deutschland lag in dieser Umfrage bezogen auf das Finanzwissen über dem Durchschnittswert der teilnehmenden OECD-Länder.

In Deutschland wurde für diese OECD-Umfrage eine Befragung von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) durchgeführt. Die BaFin hat ihre Erkenntnisse ebenfalls veröffentlicht (https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Anlage/dl_Finanzkompetenzstudie2019.html).

5. Bei welchen Bevölkerungsgruppen erkennt die Bundesregierung auf Basis der ihr vorliegenden statistischen Datenerhebungen und wissenschaftlichen Studien einen besonderen Nachholbedarf im Hinblick auf Finanzkenntnisse und ein ökonomisches Verständnis?

Inwiefern nehmen folgende Aspekte eine Rolle ein:

- a) Altersgruppe,
- b) Geschlecht,
- c) Migrationshintergrund,

- d) Bundesland bzw. Wohnort (gibt es einen Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern),
- e) weitere Merkmale?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Es wird auf die Zuständigkeit der Länder für die ökonomische Bildung (vgl. Antwort auf Fragen 1 und 2) verwiesen.

6. Welche Kenntnisse und Informationen liegen der Bundesregierung, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen, zu der Anzahl der Personen bzw. privaten Haushalte vor, die aufgrund einer unwirtschaftlichen Haushaltsführung in die Überschuldung geraten sind (bitte Angaben des Statistischen Bundesamtes berücksichtigen)?

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht mit Stand 31. März 2021 bis zum Jahr 2019 auf seiner Webseite eine „Überschuldungsstatistik“. In dieser Statistik sind auch nach Altersgruppen und nach den Hauptauslösern (u. a. unwirtschaftliche Haushaltsführung) untergliederte Angaben abrufbar (www-genesis.destatis.de; Angaben in Klammern sind statistisch nicht hinreichend abgesicherte Werte).

Die nachfolgende Tabelle enthält die Anteilswerte und die durchschnittlichen Schulden von in Schuldnerberatungsstellen beratenen Personen, bei denen das Kriterium „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ der Hauptauslöser der Überschuldung war, untergliedert nach Altersgruppen für das Jahr 2019.

Überschuldungsstatistik Deutschland		
Jahr	Unwirtschaftliche Haushaltsführung als Hauptauslöser	
	Beratene Personen (Anteilswerte) %	Durchschnittliche Schulden Euro
2019		
unter 20 Jahre	23,1	/
20 bis unter 25 Jahre	29,5	7 666
25 bis unter 35 Jahre	21,0	16 224
35 bis unter 45 Jahre	13,1	22 619
45 bis unter 55 Jahre	9,5	30 460
55 bis unter 65 Jahre	7,1	31 935
65 bis unter 70 Jahre	(9,3)	(33 141)
70 Jahre und mehr	10,0	30 936
Insgesamt	14,3	20 461

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Stand: 31. März 2021

/ keine Angaben; () statistisch nicht hinreichend abgesicherte Werte

7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verschuldung von Privatpersonen in den letzten 4 Jahren jeweils jährlich entwickelt (bitte tabellarisch darstellen und Erhebungen des Statistischen Bundesamtes einbeziehen)?

Im Rahmen ihrer Finanzierungsrechnung weist die Deutsche Bundesbank in ihrer Zeitreihen-Datenbank die gesamten Verbindlichkeiten privater Haushalte gemäß nachstehender Tabelle in folgender Höhe aus. Dabei umfasst ein Großteil allerdings Kredite für Wohnungsbauzwecke, bei denen davon ausgegangen

werden kann, dass der Verschuldung ein entsprechendes (Immobilien-)Vermögen gegenübersteht.

Verbindlichkeiten privater Haushalte	
Quartal/Jahr	Mrd. Euro
3. Q/2016	1.661,7
3. Q/2017	1.716,3
3. Q/2018	1.779,1
3. Q/2019	1.862,0
3. Q/2020	1.935,8

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht mit Stand 31. März 2021 im Rahmen der „Überschuldungsstatistik“ folgende zusammengefasste Angaben für die Jahre 2016 bis 2019 (www-genesis.destatis.de):

Überschuldungsstatistik Deutschland		
Jahr	Beratene Personen	Durchschnittliche Schulden
	Anzahl	Euro
2016	617.237	31.613
2017	560.673	30.170
2018	571.467	29.008
2019	582.129	28.244

8. Welche Studien und Informationen liegen der Bundesregierung über unterschiedliche Wissensstände bei Finanzwissen und ökonomischer Bildung zwischen Männern und Frauen vor, und was sind die jeweiligen Hauptaussagen dieser Studien?

Die in Antwort 4 erwähnte Auswertung der BaFin zum Finanzwissen (https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Anlage/dl_Finanzkompetenzstudie2019.html) ergab, dass auf Basis der durchgeführten Umfrage Männer bei der Beantwortung der gestellten Fragen in Teilen etwas besser abschnitten als Frauen. Dieses Muster war auch in anderen Staaten zu erkennen (siehe OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy).

9. Sieht die Bundesregierung die Vermittlung von Finanzwissen ausschließlich als Aufgabe der Schule und Eltern oder auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die auch Unternehmen und Wirtschaftsorganisation zuständig sind?

Ökonomische Bildung ist Grundlage für die Vermittlung von Finanzwissen. Nach der föderalen Kompetenzordnung fällt der Schulbereich in die Zuständigkeit der Länder. Hierzu gehören auch die Gestaltung des Fächerkanons und die inhaltliche Ausrichtung des Unterrichts (vgl. Antwort auf die Fragen 1 und 2). Wie in jedem Bereich des öffentlichen Lebens tragen auch andere Akteurinnen und Akteure, wie etwa Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen, Verbraucherschutz, (Fach-)Presse und Nichtregierungsorganisationen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenfalls zur Vermittlung von Finanzwissen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bei.

10. Mit welchen Instrumenten verbessert die Bundesregierung im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes die Finanzaufklärung für die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes werden Aufgaben der Finanzaufklärung auf verschiedenen Ebenen wahrgenommen: So informiert die BaFin im Rahmen ihrer Aufgaben im Bereich der Verbraucheraufklärung Verbraucherinnen und Verbraucher über die verschiedenen Arten von Finanzprodukten und damit zusammenhängende Dienstleistungen und erläutert ggf. mit diesen Produkten verbundene Risiken, um auf diese Weise Orientierungshilfe an die Hand zu geben. Dies stärkt die Fähigkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher, in diesem Bereich eigenverantwortlich zu handeln. Die BaFin nutzt zu diesem Zweck zahlreiche Formate und Kanäle.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) fördert darüber hinaus Maßnahmen der 16 Verbraucherzentralen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, die unter anderem im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion zum Verbraucherschutz für Eltern und Kinder auch gezielt junge Verbraucherinnen und Verbraucher adressieren, um ihnen praxisnah Alltagskompetenzen in Finanzfragen zu vermitteln sowie Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wenn es bei Vertragsangelegenheiten zu Problemen kommt. Die Maßnahmen umfassen einen zielgruppenspezifischen Media- und Instrumentenmix, der neben klassischen Veranstaltungen in Schulklassen insbesondere auch verstärkt digitale und spielerische Formate nutzt. Auch das vom BMJV geförderte Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland unterstützt Verbraucherinnen und Verbraucher zu grenzüberschreitenden Fragen der Finanzkompetenz – aktuell etwa zum Thema „Bezahlen in der EU“, insbesondere mit Online-Informationen und einem Podcast.

Das BMJV unterstützt als Stifter zudem die Stiftung Warentest, die insbesondere durch ihre Periodika „test“ und vor allem „Finanztest“ sowie ihre Online-Angebote auf test.de umfassend unabhängige Orientierungshilfen für Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Finanzbereich bietet.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) wird durch das BMJV institutionell gefördert. Seit Anfang letzten Jahres ist auch die „Marktbeobachtung Finanzen“ beim vzbv angesiedelt, die aus dem bis einschließlich 2019 als Projekt geförderten „Marktwächter Finanzmarkt“ hervorgegangen ist. Der „Marktwächter Finanzmarkt“ beobachtete seit Anfang 2015 die Teilmärkte Geldanlage/Altersvorsorge, Immobilienfinanzierung, Grauer Kapitalmarkt, Versicherungen sowie Bankdienstleistungen und Konsumentenkredite. Zuletzt wurden „Effektivzinsangabe bei Immobilienfinanzierungen“, „Anlageinformationen und Werbung bei Vermögensanlagen“ und „Vorfalligkeitsentschädigungen“ untersucht und die Ergebnisse bekannt gemacht. Die Marktbeobachtungsaktivitäten beruhen im Wesentlichen auf den bei den 16 Verbraucherzentralen der Länder (VZn) gesammelten und aufbereiteten Daten aus der Verbraucherberatung. Mit der „Marktbeobachtung Finanzen“ beobachten und analysieren der vzbv und die VZn insofern gezielt den Finanzmarkt aus Verbrauchersicht und machen die daraus gewonnenen Ergebnisse öffentlich.

11. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Beginn der laufenden Legislaturperiode angestoßen, um den Vermögensaufbau in Deutschland zu erleichtern?

Zur Erleichterung des Vermögensaufbaus trat am 1. Januar 2021 eine Änderung des Wohnungsbauprämiengesetzes in Kraft. Darin enthalten sind wesentliche Verbesserungen, insbesondere bei der steuerlichen Bausparförderung. Für die

Wohnungsbauprämie wurde neben der Anhebung der Einkommensgrenzen und des Prämiensatzes auch eine Anpassung des Höchstbetrages vorgenommen.

Noch in dieser Legislaturperiode ist zudem eine Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vorgesehen. Mit dem Fondsstandortgesetz soll der steuerfreie Höchstbetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen deutlich erhöht werden (§ 3 Nummer 39 Einkommensteuergesetz). Zudem soll eine steuerliche Regelung zur weiteren Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen insbesondere bei Startup-Unternehmen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen eingeführt werden.

12. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Beginn der laufenden Legislaturperiode angestoßen, um Finanzwissen und ökonomische Bildung zu fördern?

Das Netzwerk SchuleWirtschaft prämiiert mit dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten Preis „Das hat Potenzial!“ Unternehmen, Schulen und Verlage für ihr herausragendes Engagement an der Schnittstelle Schule und Beruf. Dies dient einer frühzeitigen Nachwuchssicherung. Die Zuwendung wird jeweils für zwei Jahre mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von rund 200.000 Euro bewilligt

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ist eine Geschäftsbereichsbehörde des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und hat qua Erlass die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Das Wissen über ökonomische Sachverhalte im engeren zu fördern wird dabei sowohl als Querschnittsaufgabe im Zusammenhang mit einer Vielzahl verschiedener Formate verstanden als auch durch spezielle Maßnahmen und Angebote zu erreichen versucht. Dabei verfolgt die BpB einen multiperspektivischen und partizipativen Ansatz. Im Zeitrahmen für diese Kleine Anfrage kann nur eine Auswahl an Formaten der BpB aufgeführt werden, die seit Beginn der Legislaturperiode umgesetzt worden sind.

Eigen-Publikationen der BpB:

Titel: Themen und Materialien „Ökonomie“ (AT) (Neuerscheinung für 2021 geplant)

Ziel ist es, Grundlagen und praxisnahe Anregungen für ein handlungsorientiertes Lernen zu vermitteln. Es findet eine Auseinandersetzung mit grundlegenden ökonomischen Betrachtungsweisen und Kategorien auf dem Hintergrund einer Vielfalt ökonomischer Denkweisen und Perspektiven statt.

Geplante Ausgaben: 73.517,58 Euro

Titel: Was geht? 2/2021 (AT: Geld und seine Verteilung), (erscheint im Laufe des Jahres 2021)

Diese Ausgabe widmet sich dem Thema Geld und seiner Verteilung. Die jugendliche Zielgruppe soll u. a. erkennen, dass Geldfragen nicht rein individuell sind, sondern auch politische und gesellschaftliche Dimensionen besitzen sowie dass die Verteilung von Geld innerhalb einer Gesellschaft mit politischen Entscheidungen zur Ausgestaltung verschiedener gesellschaftlicher Funktionsbereiche (Wirtschaft, Bildung, Soziales) zusammenhängt.

Geplante Ausgaben: 40.000,00 Euro

Titel: Zeitbilder „Finanzwirtschaft – Wie alles zusammenhängt“ (2021, Neu-druck)

Die Ausgabe thematisiert Funktionsweisen des Finanzsystems, Finanzkrisen und die Funktion der Politik.

Verausgabte Mittel: 3.500 Euro

Titel: Zeitbilder „Wir Kapitalisten“ (2020)

Die Ausgabe setzt sich mit den kulturgeschichtlichen Grundlagen des Kapitalismus als unsere aktuelle Lebensform auseinander und bereitet die Inhalte für eine breite Zielgruppe (interessierte Bürger, Multiplikatoren) auf.

Verausgabte Mittel: 68.994,27 Euro

Thema im Unterricht: Wirtschaft für Einsteiger, (2020)

Anhand der 28 Arbeitsblätter von „Wirtschaft für Einsteiger“ kann entweder kurz und knapp eine bestimmte Frage behandelt (wie z. B. „Was ist eigentlich das Bruttosozialprodukt“ oder „Was ist von Statistiken zu halten?“) oder auch eine ganze Unterrichtsreihe geplant und durchgeführt werden. Die Mappe enthält Arbeitsaufgaben in unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen, unterschiedliche methodische Zugänge und Vorschläge und ist ansprechend gestaltet.

Verausgabte Mittel: 10.000 Euro

Titel: Aus Politik und Zeitgeschichte „Datenökonomie“ (2019)

Die Ausgabe thematisiert datenökonomische Aspekte.

Verausgabte Mittel: 22.997,43 Euro

Verlagskooperationen der BpB:

Titel: Politik und Wirtschaft: ein integratives Kompendium von Karsten Mause/Christian Müller/Klaus Schubert (2021)

Verausgabte Mittel: 17.983,35 Euro

Titel: Schattenwirtschaft. Die Macht der illegalen Märkte (2021) von Matías Dewey/Caspar Dohmen/Nina Engwicht/Annette Hübschle

Verausgabte Mittel: 9.355,25 Euro

Titel: Gute Ökonomie für harte Zeiten. Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können von Abhijit V. Banerjee/Esther Duflo (2020)

Verausgabte Mittel: 16.288,04 Euro

Titel: Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf von Lisa Herzog (2020)

Verausgabte Mittel: 9.627,80 Euro

Titel: Das Auto im digitalen Kapitalismus. Wenn Algorithmen und Daten den Verkehr bestimmen von Timo Daum (2020)

Verausgabte Mittel: 11.689,62 Euro

Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken von Ann Pettifor, (2019)

Verausgabte Mittel: 10.558,50 Euro

Titel: Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie von Timo Daum (2019)

Verausgabte Mittel: 9.214,36 Euro

Online-Formate der BpB:

Titel: Dossier „Europäische Schuldenkrise“: Ergänzung Corona-Pandemie (2020–2021)

Das Dossier wurde zuletzt 2018 aktualisiert und soll nun um aktuelle Debatten im Rahmen der Pandemie erweitert werden.

Verausgabte Mittel: 3.500,00 Euro

Titel: „Duden Wirtschaft“ (Online Lexika auf bpb.de/nachschlagen) (2021)

Mit den Inhalten der Online-Lexika können die User von bpb.de wichtige Begriffe nachschlagen oder diese auch innerhalb der Texte direkt verlinkt werden. So können Fragen und Hintergründe direkt und nach persönlichem Interesse nachgeschlagen werden.

Geplante Mittel: 8.600,00 Euro

Titel: Dossier Wirtschaftspolitik (2016–2020)

Erstellung eines Wirtschafts-Dossiers für die Website bpb.de zum Thema Wirtschaft erstellt werden. Das Dossier soll neben einem einführenden Teil auch einen aktuellen Teil zu aktuellen Fragen von Wirtschaftspolitik enthalten.

Verausgabte Mittel: 2.025,49 Euro

Titel: Webvideoformat „Grundlagen Wirtschaft“ (2017)

Es soll ein erster niedrigschwelliger Zugang zum Themenkomplex Wirtschaft für eine junge Zielgruppe angeboten werden, der zur weiteren Beschäftigung mit dem Komplex anregt, Grundlageninformationen zu umfassenden Themenkomplexen wie Volkswirtschaft oder Wirtschaftspolitik sollen niedrigschwellig vermittelt werden.

Verausgabte Mittel: 19.715,46 Euro

Zudem verweist die BpB auf die Übersicht über verschiedene Aspekte der Wirtschaft sowie einzelne Dossiers und Schwerpunkte auf der Webseite der BpB unter: <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/> <<https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/>>

Zuwendungen der BpB:

Titel: Politische Bildung trifft Unternehmergeist (2020–2022)

Die Hermann Ehlers Akademie entwickelt in Kooperation mit den Universitäten Flensburg und Kassel Bildungsmaterialien und Veranstaltungen (Symposium, Workshops), die den Ansatz verfolgen, politische und sozioökonomische Bildung miteinander zu verzahnen. Der Fokus des Projekts liegt auf einer Öffnung des etablierten Themenkanons beider Bildungskontexte sowie auf der Entwicklung neuer Ansätze und einer Auslotung von synergetischen Schnittstellen.

Geplante Ausgaben: 130.929,20 Euro

Titel: Kapitalismus: Ästhetik, Gefühle, Zustände. Begleitende Filmreihe zur Ausstellung KAPITALISMUS in der Bundeskunsthalle (2020)

Gegenstand dieser Zuwendung ist eine von der Stiftung Deutsche Kinemathek kuratierte Filmreihe, die im Rahmen der Ausstellung „KAPITALISMUS“ (AT) in der Bonner Bundeskunsthalle gezeigt und im Anschluss durch eine Podiumsdiskussion und ein Publikumsgespräch nachhaltig reflektiert werden soll. Ziel dieser Zuwendung ist es zudem, die Vernetzung zwischen Filmbildung, kultureller und politischer Bildung zu fördern.

Verausgabte Mittel: 3.320,00 Euro

Richtlinienförderung der BpB (Auswahl)

Titel: Ökonomische Supermacht, bürokratisches Monster, unentschlossener Haufen? Die Europäische Union als politischer Akteur, GEA Mecklenburg-Vorpommern (2017)

Höhe: 3749,15 Euro

Titel: Öffentliche Finanzen in föderaler Verflechtung: Was ist in der neuen Legislaturperiode zu klären? EAD Loccum (2017)

Höhe: 3417,89 Euro

Titel: „Der Fieberwahn des Geldes“ – Facetten des Finanzsystems in Berlin, BAK Berlin (2017)

Höhe: 1618,38 Euro

Titel: Steueroase, Geldwäsche und Steuergerechtigkeit in Europa, EAD Bad Boll (2018)

Höhe: 3257,65 Euro

Titel: Wie verdient wer im Internet Geld? Internetökonomie zwischen Kostenloskultur und Plattformkapitalismus, DGB (2018)

Höhe: 2099,89 Euro

Titel: „Der Fieberwahn des Geldes“ – Facetten des Finanzsystems, BAK-Berlin (2019)

Höhe: 2139,48 Euro

Titel: Geld regiert die Welt! Internationale Finanzpolitik und staatliche Steuerungsmöglichkeiten in der Globalisierung, DGB (2020)

Höhe: 3740,00 Euro

Titel: Hat Geld ein Geschlecht? Maskulines Geld, feminines Risiko? EAD Tutzing (2021)

Höhe: 2250,00 Euro

Titel: Europa und Geldpolitik, GEA EA NRW (2021)

Höhe: 1199,00 Euro

13. In welcher finanziellen Höhe in Euro hat die Bundesregierung seit Beginn der Legislaturperiode bis heute jeweils jährlich Mittel zur Stärkung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung verwendet?

Für den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sind folgende finanzwirksame Maßnahmen zu nennen:

Im Rahmen der grundgesetzlich eingeräumten Kompetenzen (§ 2 der Anlage zum Verwaltungsabkommen über das Zusammenwirken von Bund und Ländern gemäß Artikel 91 Absatz 2 des Grundgesetzes) fördert das BMBF seit 2003 den bundesweiten Online-Wettbewerb „JUGEND GRÜNDET“ für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende. Die Teilnehmenden agieren in der Rolle von Gründerinnen und Gründern, entwickeln eigene Geschäftsideen und Businesspläne und planen deren Umsetzung strategisch. Seit Beginn der 19. Legislaturperiode bis heute wurden rund 1,35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Durch das BMBF wird ferner das Projekt „Curriculum und Professionalisierung der finanziellen Grundbildung (CurVe II)“ gefördert. In dem Projekt werden ein Curriculum für die finanzielle Grundbildung Erwachsener sowie eine Fortbildung für Multiplikatoren entwickelt und erprobt. In den Jahren 2017–

2020 wurden dafür Mittel in Höhe von rund 1,795 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Seitens der BpB wird bezüglich der verausgabten bzw. geplanten Mittel im Rahmen einzelner Maßnahmen auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

14. Welche Projekte hat die Bundesregierung in welcher Höhe in Euro seit Beginn der laufenden Legislaturperiode bis heute jeweils jährlich angestoßen, um Finanzwissen und ökonomische Bildung zu fördern (bitte tabellarisch darstellen)?

Übersicht über das Projekt SchuleWirtschaft des BMWi und die Fördermittel innerhalb der 19. Legislaturperiode:

Jahr	Mittel (in Euro)
2018	185.176,00
2019	186.067,00
2020	200.800,00
2021	204.487,60 (Plan)

Analog zur Auswahl unter Antwort zur Frage 12 eine Übersicht der BpB:

Jahr	Titel	Mittel (in Euro)
2016–2020	Dossier Wirtschaftspolitik	2.025,49
2017	Webvideoformat „Grundlagen Wirtschaft“	19.715,46
2017	Richtlinienförderung: Ökonomische Supermacht, bürokratisches Monster, unentschlossener Haufen? Die Europäische Union als politischer Akteur	3.749,15
2017	Richtlinienförderung: Öffentliche Finanzen in föderaler Verflechtung: Was ist in der neuen Legislaturperiode zu klären?	3.417,89
2017	Richtlinienförderung: Der Fieberwahn des Geldes – Facetten des Finanzsystems in Berlin	1.618,38
2018	Richtlinienförderung: Steueroase, Geldwäsche und Steuergerechtigkeit in Europa	3.257,65
2018	Richtlinienförderung: Wie verdient wer im Internet Geld? Internetökonomie zwischen Kostenloskultur und Plattformkapitalismus	2099,89
2019	Aus Politik und Zeigeschichte „Datenökonomie“	22.997,43
2019	Schriftenreihe: A. Pettifor, Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken.	10.558,50
2019	Schriftenreihe: Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie von Timo Daum	9.214,36
2019	Richtlinienförderung: Der Fieberwahn des Geldes – Facetten des Finanzsystems	2.139,48
2020	Zeitbilder „Wir Kapitalisten“	68.994,27
2020	Thema im Unterricht: Wirtschaft für Einsteiger	10.000,00
2020	Schriftenreihe: Das Auto im digitalen Kapitalismus. Wenn Algorithmen und Daten den Verkehr bestimmen von Timo Daum	11.689,62
2020	Schriftenreihe: Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf von Lisa Herzog	9.627,80
2020	Schriftenreihe: Gute Ökonomie für harte Zeiten. Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können von Abhijit V. Banerjee/Esther Duflo	16.288,04
2020	Dossier „Europäische Schuldenkrise“: Ergänzung Corona-Pandemie	3.500,00
2020	Zuwendung: Kapitalismus: Ästhetik, Gefühle, Zustände. Begleitende Filmreihe zur Ausstellung KAPITALISMUS in der Bundeskunsthalle	3.320,00

Jahr	Titel	Mittel (in Euro)
2020	Richtlinienförderung: Geld regiert die Welt! Internationale Finanzpolitik und staatliche Steuerungsmöglichkeiten in der Globalisierung	3.740,00
2020–22	Zuwendung: Politische Bildung trifft Unternehmergeist	130.929,20 (Plan)
2021	Was geht? 2/2021 (AT: Geld und seine Verteilung), (erscheint im Laufe des Jahres 2021)	40.000,00 (Plan)
2021	Themen und Materialien „Ökonomie“ (AT) (Neuerscheinung für 2021 geplant)	73.517,58 (Plan)
2021	Zeitbilder „Finanzwirtschaft – Wie alles zusammenhängt“	3.500,00
2021	„Duden Wirtschaft“ (Online Lexika auf bpb.de)	8.600,00
2021	Schriftenreihe: M. Dewey/Cr. Dohmen/N. Engwicht/A. Hübschle, Schattenwirtschaft. Die Macht der illegalen Märkte	9.355,25
2021	Schriftenreihe: Politik und Wirtschaft: ein integratives Kompendium von Karsten Mause/Christian Müller/Klaus Schuber	17.983,35
2021	Richtlinienförderung: Hat Geld ein Geschlecht? Maskulines Geld, feminines Risiko?	2.250,00
2021	Richtlinienförderung: Europa und Geldpolitik	1.199,00

15. Wie viele Personalstellen beschäftigen sich im Geschäftsbereich der Bundesregierung mit Fragen zur Stärkung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung?

Im Geschäftsbereich des BMWi liegt der Personalaufwand für das in den Antworten zu den Fragen 12 und 14 genannte Projekt bei ca. 10 bis 15 Prozent einer Vollzeitstelle.

Im Geschäftsbereich des BMBF ist die Betreuung und Begleitung der in der Antwort auf Frage 13 genannten Projekte und Maßnahmen Bestandteil der Betreuung anderer Programme und Maßnahmen. Ein konkreter Personalstellenanteil kann nicht angegeben werden. Dies gilt in gleicher Weise für die in der Antwort auf die Frage 10 genannten Projekte und Maßnahmen im Geschäftsbereich des BMJV.

Wie zudem in der Antwort auf Frage 12 beschrieben, wird die Förderung von Finanzwissen und der ökonomischen Bildung auch als Querschnittsaufgabe innerhalb der BpB umgesetzt, bzw. sind verschiedene Stellen der BpB mit der Umsetzung spezieller Maßnahmen beschäftigt. Aus diesem Grund kann eine Angabe zu konkreten Planstellen in diesem Bereich nicht erfolgen.

Eine abschließende Aufzählung der Personalstellen oder konkreter Personalstellenanteile im Geschäftsbereich der Bundesregierung kann nicht angegeben werden, da keine hinreichend eindeutige Definition für die erfragten Arbeitsbereiche mit der Umschreibung „Stärkung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung“ besteht.

16. Inwiefern sind Fragen zur ökonomischen Bildung Bestandteil der außen- und entwicklungspolitischen Arbeit der Bundesregierung?

Die Bundesregierung fördert im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau inklusiver und stabiler Finanzsysteme in Partnerstaaten. Hierzu zählen Maßnahmen zur finanziellen Grundbildung insbesondere für benachteiligte Gruppen, damit Kundinnen und Kunden sowie potenzielle Kundinnen und Kunden von Finanzdienstleistern über ihre Rechte und Verantwortlichkeiten aufgeklärt sind und für sich das richtige Finanzprodukt wählen können.

Des Weiteren fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Qualifizierungen im Bereich unternehmerischer Kompetenzen und Finanzmanagement für kleinste, kleine oder mittlere Unternehmen (KKMU) zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus werden fachpraktische Weiterbildungsangebote für den Finanzsektor in Partnerstaaten umgesetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.